

## EINGEREICHTE SCHWERPUNKTTHEMENANTRÄGE – MV 2026

| Nr. | Eingereicht von                                                                                                                                                                                                                  | Schwerpunktthema                                                                                                                                     | FA | Laufzeit          | Empfehlung VS                                                                                                                                                                                                                             |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|-------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1   | Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv)                                                                                                                                                                                           | Gleichstellung stärken – Ländliche Räume zukunftsfest, demokratisch und gerecht gestalten                                                            | +  | 6/2026 bis 6/2028 | Annahme                                                                                                                                                                                                                                   |
| 2   | Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen (AG Kath), Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. (BPW Germany), LesbenRing e.V., Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV) | Sicherheitspolitik gleichstellungspolitisch verstehen und voranbringen                                                                               | +  | 6/2026 bis 6/2028 | Annahme<br><br>(Mit Empfehlung der Verbindung mit dem SPT Nr. 4)                                                                                                                                                                          |
| 3   | Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)                                                                                                                                                                                     | Prostitution und Sexkauf: Intersektionale und feministische Perspektiven für die Weiterentwicklung unserer gleichstellungspolitischen Positionierung | +  | 6/2026 bis 6/2027 | Ablehnung<br><br>(Mit dem Evaluationsbericht zum Prostituierten-schutzgesetz liegen umfangreiche Erkenntnisse vor. DF-Vorstand wird zur MV 2026 einen Sachantrag zur Aktualisierung der DF-Beschlusslage einreichen; vgl. Beschluss 2025) |
| 4   | Frauen Union der CDU Deutschlands (FU)                                                                                                                                                                                           | Gesellschaftsjahr und neue Dienstmodelle geschlechtergerecht gestalten – Sicherheit stärken, Gleichstellung sichern                                  | +  | 6/2026 bis 6/2027 | Annahme<br><br>(Mit Empfehlung der Verbindung mit dem SPT Nr. 2)                                                                                                                                                                          |

## ANTRAG NR. 1

### Gleichstellung stärken – Ländliche Räume zukunftsfest, demokratisch und gerecht gestalten

#### Einreichendes Mitglied / Einreichende Mitglieder

Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv)

#### Ansprechpartnerin für Rückfragen

Name Daniela Ruhe  
Organisation Deutscher LandFrauenverband  
Telefon 030 284492911  
E-Mail [ruhe@landfrauen.info](mailto:ruhe@landfrauen.info)

#### Begründung

Ländliche Räume sind lebenswerte Räume und Heimat für zahlreiche Menschen: Über die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland lebt in ländlichen Regionen (57 Prozent). 91 Prozent der Fläche Deutschlands ist ländlich geprägt. Viele Regionen sind gekennzeichnet von wirtschaftlicher Stärke, andere stehen vor tiefgreifenden Herausforderungen: demografischer Wandel, Abwanderung junger Menschen, vor allem junger Frauen in urbane Räume, unzureichende Infrastruktur, strukturelle Benachteiligung von Frauen und queeren Menschen sowie tiefgreifende Transformationsprozesse. Gleichzeitig gewinnen antidemokratische und antifeministische Einstellungen überall an Einfluss – auch in ländlichen Räumen. Gleichstellungspolitik ist kein Nebenaspekt der politischen Antworten auf diese Herausforderungen, sondern der zentrale Hebel für soziale Gerechtigkeit, demokratische Stabilität und nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen. Ziel muss sein, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, demokratische Strukturen zu stärken und die ländlichen Räume sozial und wirtschaftlich resilient zu machen. Dies kann nur gelingen, wenn das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse für die ländlichen Räume geschlechtergerecht gedacht wird.

#### Ziele und Ergebnisse

Mit der Bearbeitung des Schwerpunktthemas soll Gleichstellung als Querschnittsaufgabe für die Entwicklung ländlicher Räume behandelt werden. Zentrale Inhalte sind u.a.:

- /// die Berücksichtigung von unterschiedlichen, regionalen, historischen und sozioökonomischen Ausgangslagen
- /// Chancen und Herausforderungen von ländlichen Regionen als Lebens- und Arbeitsorte für Frauen und ihre Familien
- /// Analyse zu Status Quo öffentlicher Vergaben und Fördermittel im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit im ländlichen Raum
- /// der Umgang mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck; besonders mit Blick auf die Landtagswahlen 2026 (ff.)
- /// Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements von Frauen in ländlichen Regionen
- /// Bedeutung der politischen Beteiligung von Frauen in den kommunalen Parlamenten
- /// Zugang zu Beratungs-, Hilfe- und Unterstützungssystemen in ländlichen Räumen einschließlich einer gesicherten Finanzierung der Gleichstellungsbeauftragten

- /// Zugang und Sicherstellung einer geschlechtergerechten wohnortnahen Infrastruktur  
(Kinderbetreuung, Daseinsvorsorge, Gesundheitsversorgung, Pflege, Mobilität,  
Gewaltschutzeinrichtungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen)
- /// die Herausforderungen und Chancen einer sozial- und geschlechtergerechten Transformationspolitik

Dabei sollen strukturelle Benachteiligungen sichtbar gemacht und politische Handlungsfelder und Empfehlungen benannt werden, in denen Gleichstellung zur Stärkung von Demokratie, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Wohlstand und regionaler Resilienz beiträgt.

Ziel soll sein, gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen zu fördern und Geschlechtergerechtigkeit als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung zu verankern. Hierbei sollen u.a. Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe aller Geschlechter an politischem, wirtschaftlichem und sozialem Leben, die Förderung demokratischer Strukturen und zivilgesellschaftlichem Engagement sowie die sozial gerechte Gestaltung von Transformationsprozessen berücksichtigt werden. Es soll sichtbar gemacht werden, wie strukturelle Benachteiligungen abgebaut werden können. Dabei sollen ländliche Regionen differenziert betrachtet werden. Der Fokus liegt auf umsetzbaren Maßnahmen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie auf der Stärkung von Akteur\*innen vor Ort.

#### **Bearbeitungsweise**

- ☒ Strategie für Lobbyarbeit
- ☒ Öffentliche Veranstaltung
- ☒ Fachausschuss

#### **Zusätzliche Maßnahmen oder Besonderheiten**

keine

#### **Zeitraum**

6/2026 – 6/2028

## ANTRAG NR. 2

### Sicherheitspolitik gleichstellungspolitisch verstehen und voranbringen

#### Einreichendes Mitglied / Einreichende Mitglieder

Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen (AG Kath)  
Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. (BPW Germany)  
LesbenRing e.V.  
Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV)

#### Ansprechpartnerin für Rückfragen

Name Dr. Monika Arzberger  
Organisation AG Kath (KDFB)  
Telefon 0221 – 860 92 30  
E-Mail [monika.arzberger@frauenbund.de](mailto:monika.arzberger@frauenbund.de)

#### Begründung

Nach einer langen Periode des Friedens, der Stabilität, und der verlässlichen multilateralen Zusammenarbeit in weiten Teilen Europas ist Sicherheit für die Mehrheit der Gesellschaft in Deutschland heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse und droht einen patriarchalen Backlash zu fördern.

Für Frauen in all ihrer Vielfalt erwächst die neue internationale Bedrohungslage aus:

- /// dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den hybriden Attacken auf Europa und Deutschland;
- /// der zunehmenden Infragestellung des Völkerrechts;
- /// einer globalen Aufrüstungsspirale;
- /// einem autoritären bis faschistischen Abdriften vormals enger Sicherheitspartner;
- /// dem globalen Erstarken autoritärer und antifeministischer Bewegungen;
- /// den Angriffen auf kritische Infrastruktur sowie
- /// dem drohenden Rückbau der sozialen Daseinsvorsorge in Deutschland.

Politische Antworten auf die veränderte Bedrohungslage fokussieren sich bislang auf militärische Sicherheit im traditionellen Sinn und hohe Investitionen in diesen Bereich, die häufig männlich geprägt sind. Sie präsentieren althergebrachte Konfliktklärungsmechanismen als alleinige Lösungswege und haben die Bedürfnisse von Frauen in all ihrer Vielfalt sowie Kindern nicht im Blick.

Wenn hohe militärische Ausgaben Einsparungen im sozialen Bereich verursachen, verstärkt das zudem soziale Unsicherheit und Verunsicherung. Zugleich mangelt es der traditionellen Sicherheitspolitik an Gleichstellungsperspektive. Das verengt den sicherheitspolitischen Diskurs, der u.a. Fragen der Migrations- und Klimapolitik beinhalten müsste.

Frauen in all ihrer Vielfalt sind von diesen Entwicklungen massiv betroffen: von ihrem Zugang zu sozialer Infrastruktur und Gesundheitsversorgung, über die Geschlechterverhältnisse im Privaten und in der Arbeitswelt, bis zur Diffamierung durch antifeministische Akteur\*innen und der politischen Teilhabe. Sowohl im Militär als auch in den Entscheidungsgremien des Zivil- und Bevölkerungsschutzes, die an Bedeutung gewinnen, sind Frauen und queere Personen unterrepräsentiert. Auf feministische und

gleichstellungspolitische Expertise oder das Konzept der menschlichen Sicherheit wird immer seltener zurückgegriffen, obwohl diese zentral sind, um innere und äußere Sicherheit vernetzt zu denken.

### **Ziele und Ergebnisse**

Die Beschlusslage des Deutschen Frauenrats zu Fragen von Krieg, Frieden und Sicherheit beruht weitgehend auf Beschlüssen aus den 1990er Jahren. Im Rahmen der Bearbeitung des Schwerpunktthemas soll die Beschlusslage hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf aktuelle komplexe Gemengelagen geprüft und überarbeitet werden, wobei sich auch neue Sachanträge zur Mitgliederversammlung ergeben können.

Im Mittelpunkt sollen die Fragen stehen:

- /// Welche Form von Sicherheit brauchen wir aus feministischer und gleichstellungspolitischer Perspektive heute?
- /// Welche Auswirkungen haben die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen auf Frauen und Gleichstellung im Allgemeinen sowie auf vulnerable und von Mehrfachdiskriminierung betroffene Frauen in all ihrer Vielfalt im Speziellen?
- /// Wie können Frauen in all ihrer Vielfalt als Akteurinnen gestärkt werden und wie kann gleichzeitig verhindert werden, dass sie zu reinen Adressatinnen im Bereich Sicherheit und Zivilschutz werden?

Dazu soll sich der Fachausschuss mit folgenden Unterthemen befassen und daraus politische Forderungen ableiten:

1. Entwicklung eines aktualisierten Sicherheitsbegriffs unter Einbeziehung des Konzepts einer feministischen Sicherheitspolitik
2. Feministische und gleichstellungspolitische Perspektive auf Militär und Aufrüstung
3. Feministische und gleichstellungspolitische Perspektive auf Zivil- und Katastrophenschutz

In die Arbeit des Fachausschusses soll auch externe Expertise in verschiedenen Formaten eingebunden werden. Vorstand und Geschäftsstelle werden beauftragt, sukzessive Lobbyaktivitäten zu sicherheitspolitischen Themen auszubauen.

### **Bearbeitungsweise**

[x] Strategie für Lobbyarbeit

[x] Fachausschuss

### **Zusätzliche Maßnahmen oder Besonderheiten**

keine

### **Zeitraum**

6/2026 – 6/2028

## ANTRAG NR. 3

### Prostitution und Sexkauf: Intersektionale und feministische Perspektiven für die Weiterentwicklung unserer gleichstellungspolitischen Positionierung

#### Einreichendes Mitglied / Einreichende Mitglieder

Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)

#### Ansprechpartnerin für Rückfragen

Name Simone Kleinert  
Organisation Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)  
Telefon 017682614445  
E-Mail [simone.kleinert@gmx.de](mailto:simone.kleinert@gmx.de)

#### Begründung

Der DF hat als größte frauen- und gleichstellungspolitische Interessenvertretung in Deutschland eine besondere Verantwortung in gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen. Die Bewertung von Prostitution und Sexkauf, Gewalt gegen Frauen und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den zentralen Fragen.

Seit Jahren positioniert sich der DF zur Einordnung von Prostitution als „Sexarbeit“ und erkennt dabei das System Prostitution. Gleichzeitig bestehen innerhalb der Mitgliedsverbände, in der Fachöffentlichkeit sowie in der internationalen Frauenbewegung erhebliche Kontroversen über diese Einordnung und über die Frage, ob das bestehende System Prostitution strukturell mit Gleichstellung vereinbar ist.

Die Legalisierung des Sexkaufs in Deutschland hat einen der größten Prostitutionsmärkte Europas hervorgebracht. Zahlreiche Studien und Erfahrungsberichte aus Fachberatungsstellen, Ausstiegshilfen und der Strafverfolgung weisen auf enge Verflechtungen mit Migration, Armut, Menschenhandel und Organisierter Kriminalität hin. Kritikerinnen sehen im legalen Sexkauf eine Hürde für echte Geschlechtergleichstellung, da zu 99,9 % Männer kaufen und überwiegend Frauen – häufig in prekären Lebenslagen – sexuelle Handlungen verkaufen.

International wird mit dem sogenannten Nordisches Modell ein alternativer Ansatz verfolgt, der den Kauf sexueller Handlungen unter Strafe stellt, gleichzeitig aber prostituierte Menschen entkriminalisiert und umfassende Ausstiegs- und Unterstützungsangebote vorsieht. Dieser Ansatz wird unter anderem in Schweden, Norwegen und Frankreich angewandt und versteht sich ausdrücklich als gleichstellungspolitisches Instrument.

Angesichts dieser divergierenden Positionen ist es nicht ausreichend, lediglich punktuelle Nachbesserungen bestehender Sachanträge zu formulieren. Vielmehr bedarf es einer breiten, strukturierten und ergebnisoffenen Debatte innerhalb des DFs zu den Grundfragen feministischer Politik.

Das Thema ist daher als Schwerpunkt zu setzen, um:

- /// den Verbänden des DF eine vertiefte fachliche und politische Auseinandersetzung innerhalb des DF zu ermöglichen,
- /// innerverbandliche Kontroversen konstruktiv zu bearbeiten,
- /// die Auswirkungen unterschiedlicher Regulierungsmodelle evidenzbasiert zu prüfen und
- /// die gleichstellungspolitischen Konsequenzen des Systems Prostitution grundsätzlich zu reflektieren.

## **Ziele und Ergebnisse**

Der DF öffnet die interne Debatte. Durch seinen gesellschaftspolitischen Auftrag der Gleichstellung ist es dem DF ein Anliegen, hier intersektionale und feministische Antworten zu geben.

Das Schwerpunktthema ist darauf ausgerichtet,

- /// zu untersuchen, ob die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geeignet sind, den Menschen in der Prostitution Schutz und Selbstbestimmung zu bieten;
- /// zu untersuchen, ob die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geeignet sind, Diskriminierung, Sexismus und Klassismus abzubauen;
- /// ggf. Überarbeitung der Beschlüsse des DF zum Beispiel zu den Themen (Zwangs-)Prostitution, Bestrafung der Freier, Menschenhandel mit konkreten Änderungsvorschlägen und
- /// (politische) Handlungsempfehlungen zu verfassen.

Ergebnis dieses Schwerpunktprozesses soll eine fundierte, transparente und fachlich breit abgesicherte Positionsbestimmung sein. Der DF steht für die Förderung tatsächlicher Gleichstellung und die konsequente Bekämpfung gleichstellungspolitischer Hindernisse für Frauen. Eine vertiefte und breit angelegte Auseinandersetzung mit Prostitution und Sexkauf ist notwendig, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Nur durch eine sachliche, differenzierte Debatte kann der Verband zu einer Position gelangen, die sowohl den Schutz und die Rechte betroffener Personen sichert als auch strukturelle Ursachen von Ungleichheit in den Blick nimmt.

Selbst wenn ein interner Prozess zu dem Ergebnis kommen sollte, dass eine einheitliche Positionierung derzeit nicht möglich ist, wäre dies kein Scheitern. Die intensive Debatte zeigt: Die Differenzen sind real – doch zugleich ist ein tragfähiges Fundament entstanden: Respekt, Zuhören und die Bereitschaft, die Argumente der jeweils anderen Seite ernst zu nehmen. Diese erarbeitete Akzeptanz verpflichtet uns.

Gerade weil eine abschließende Einigung nicht garantiert ist, braucht es jetzt den nächsten gemeinsamen Schritt. Nicht das Verharren im Dissens darf das Ergebnis sein, sondern die entschlossene Fortsetzung des Dialogs – strukturiert, vertieft und mit dem klaren Ziel, tragfähige Antworten auf eine der zentralen gleichstellungspolitischen Fragen unserer Zeit zu finden. Die Feministische Partei DIE FRAUEN ruft dazu auf, diesen Prozess zu ermöglichen, Kontroversen konstruktiv auszutragen und die gewachsene Verständigung als Ausgangspunkt für eine kraftvolle, zukunftsweisende Positionierung zu nutzen.

## **Bearbeitungsweise**

[x] Fachausschuss

[x] Publikation

## **Zusätzliche Maßnahmen oder Besonderheiten**

Verantwortliche für das Schwerpunktthema

## **Zeitraum**

6/2026 – 6/2027

## ANTRAG NR. 4

### Gesellschaftsjahr und neue Dienstmodelle geschlechtergerecht gestalten – Sicherheit stärken, Gleichstellung sichern

#### Einreichendes Mitglied / Einreichende Mitglieder

Frauen Union der CDU Deutschlands (FU)

#### Ansprechpartnerin für Rückfragen

Name Claudia Hassenbach  
Organisation Frauen Union der CDU Deutschlands  
Telefon 030-22070450  
E-Mail [claudia.hassenbach@cdu.de](mailto:claudia.hassenbach@cdu.de)

#### Begründung

Deutschland steht angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage vor der Aufgabe, seine Verteidigungsfähigkeit sowie die Resilienz des Zivil- und Katastrophenschutzes nachhaltig zu stärken. In diesem Kontext werden derzeit neue Modelle eines Wehrdienstes sowie perspektivisch auch weitergehende Dienstpflichtmodelle – bis hin zu einem möglichen Gesellschaftsjahr – politisch diskutiert und weiterentwickelt.

Die aktuellen Vorschläge setzen zunächst auf Freiwilligkeit, sehen jedoch zugleich verpflichtende Elemente wie eine systematische Erfassung und Ansprache junger Menschen vor. Darüber hinaus wird politisch die Möglichkeit einer Bedarfswehrpflicht sowie langfristig eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres in den Blick genommen.

Diese Entwicklungen berühren zentrale Fragen der Gleichstellungspolitik: Wer leistet welchen Dienst für die Gesellschaft? Wie werden Belastungen verteilt? Und welche Auswirkungen haben neue Dienstmodelle auf Lebensplanung, Bildungswege und Erwerbsbiografien junger Menschen?

Ohne eine gezielte geschlechterpolitische Perspektive besteht die Gefahr, bestehende Ungleichheiten fortzuschreiben – etwa durch die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, geschlechtsspezifische Berufswahlmuster oder unterschiedliche Zugänge zu sicherheitsrelevanten und sozialen Tätigkeitsfeldern. Gleichzeitig bieten neue Dienstmodelle die Chance, tradierte Rollenbilder aufzubrechen und eine gerechtere Verteilung gesellschaftlicher Verantwortung zu fördern.

Da in der aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Debatte unterschiedliche Bewertungen eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres bestehen, ist eine strukturierte, offene und evidenzbasierte Auseinandersetzung erforderlich.

Das Schwerpunktthema ist daher notwendig, um:

- /// die gleichstellungspolitischen Auswirkungen neuer Wehrdienst- und Dienstpflichtmodelle systematisch zu analysieren,
- /// Chancen und Risiken eines möglichen Gesellschaftsjahres differenziert zu bewerten,
- /// eine fundierte Grundlage für eine zukünftige Positionierung zu schaffen und
- /// die Perspektiven von Frauen in sicherheits- und gesellschaftspolitischen Fragen stärker sichtbar zu machen.

## **Ziele und Ergebnisse**

Der Deutsche Frauenrat initiiert einen strukturierten Schwerpunktprozess zur intersektionalen und gleichstellungspolitischen Bewertung neuer Wehrdienstmodelle sowie eines möglichen verpflichtenden Gesellschaftsjahres.

Ziel ist es insbesondere:

- /// zu analysieren, wie aktuelle Modelle eines freiwilligen Wehrdienstes mit verpflichtenden Elementen geschlechtergerecht ausgestaltet werden können,
- /// zu prüfen, welche Auswirkungen verpflichtende Erfassungs- und Auswahlverfahren auf Frauen und Männer gleichermaßen haben,
- /// zu untersuchen, wie ein möglicher Ersatzdienst im sozialen Bereich sowie im Zivil- und Katastrophenschutz gleichwertig ausgestaltet und aufgewertet werden kann,
- /// zu bewerten, welche Folgen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für Bildungs- und Erwerbsbiografien sowie Lebensentscheidungen hat,
- /// sicherzustellen, dass neue Dienstmodelle keine bestehenden Ungleichheiten verstärken, insbesondere im Hinblick auf Care-Arbeit und soziale Rollenverteilungen,
- /// Konzepte zu entwickeln, wie Schutz vor Diskriminierung und sexueller Belästigung in allen Einsatzbereichen gewährleistet werden kann,
- /// zu prüfen, wie Anerkennungs- und Anreizsysteme (z. B. Qualifikationen, Vergütung, Vorteile für Ausbildung und Studium) geschlechtergerecht gestaltet werden können,
- /// die Voraussetzungen und Auswirkungen einer möglichen Grundgesetzänderung im Hinblick auf Gleichstellung zu bewerten.

Darüber hinaus sollen konkrete gleichstellungspolitische Handlungsempfehlungen entwickelt werden, die sowohl kurzfristige Maßnahmen im bestehenden freiwilligen Modell als auch langfristige Perspektiven eines möglichen Gesellschaftsjahres berücksichtigen.

Der Prozess soll transparent, evidenzbasiert und unter breiter Beteiligung der Mitgliedsverbände erfolgen. Ziel ist eine tragfähige und differenzierte Positionierung des Deutschen Frauenrats in einer zentralen gesellschaftspolitischen Zukunftsfrage.

Ein solcher Diskurs ist notwendig, um sicherzustellen, dass sicherheits- und gesellschaftspolitische Reformen nicht losgelöst von Gleichstellungspolitik gedacht werden, sondern aktiv zu mehr Gerechtigkeit, Teilhabe und gemeinsamer Verantwortung beitragen.

## **Bearbeitungsweise**

- [x] Fachausschuss
- [x] Publikation

## **Zusätzliche Maßnahmen oder Besonderheiten**

keine

## **Zeitraum**

6/2026 – 6/2027